

Antrag 75/I/2020
Jusos Brandenburg
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Überweisung an: Landtagsfraktion

CO2-Emissionen Brandenburgs reduzieren

1 **Umsetzung des im Koalitions-**
2 **vertrag beschlossenen Klima-**
3 **plans einschließlich Maßnah-**
4 **menpaket und Monitoring als**
5 **thematischer Schwerpunkt im**
6 **kommenden Jahr**

7 Die SPD-geführte Landesregie-
8 rung wird aufgefordert, den im
9 Koalitionsvertrag vorgesehe-
10 nen und nun auch vom Land-
11 tag (Drucksache 7/1420)¹ gefor-
12 derten Klimaplan für Branden-
13 burg als einen thematischen
14 Schwerpunkt im kommenden
15 Jahr zu betrachten und seiner
16 zügigen Erarbeitung höchste
17 Priorität einzuräumen. Auch das
18 im Koalitionsvertrag beschlos-
19 sene wissenschaftlich begleitete
20 Monitoring der Treibhausgas-
21 emissionen nach Sektoren soll
22 spätestens 2021 starten, so-
23 dass ein aktueller Bericht über
24 den Status quo der Emissionen
25 schon zum Start des Klimaplan
26 vorliegt. Die Landesregierung
27 verpflichtet sich im Koalitions-
28 vertrag zur zügigen Umsetzung

29 und zu einem überdurchschnitt-
30 lichen Beitrag zum Klimaschutz.
31 Dafür ist es zwingend notwen-
32 dig, neben den Sektoren, die
33 bisher in der Auswertung der
34 Emissionen separiert aufgeführt
35 worden sind und denen, die in
36 der beschlossenen Drucksache
37 7/1420 B² genannt werden, auch
38 den Bereich Landwirtschaft,
39 sowohl im Klimaplan als auch
40 im Monitoring zu behandeln
41 und die Emissionen, die auf
42 diesen Bereich zurückgehen,
43 auszuweisen. Der Klimaplan,
44 bestehend aus Klimastrategie
45 und Maßnahmenpaket, muss
46 zudem zum Ziel haben Emis-
47 sionen im Land Brandenburg
48 auch abseits des Energiesektors
49 umfassend zu reduzieren. Daher
50 muss ein realistischer Umfang
51 der Einsparung von Emissionen
52 durch erarbeitete Maßnahmen
53 im Klimaplan für alle Sektoren
54 ersichtlich sein. Sollte sich die
55 Notwendigkeit neuer Klimastra-
56 tegien ergeben, so muss der
57 Klimaplan auch für diese offen
58 sein, statt sich von vornherein
59 nur auf bestehende Strategi-
60 en zu begrenzen. Erarbeitete
61 Maßnahmen, die sich aus der Kli-
62 mastrategie ergeben, müssen so

63 früh wie möglich, jedoch spätes-
64 tens ab 2022, aktiv verfolgt und
65 Verstöße geahndet werden. Eine
66 wie beim Monitoring festgelegte
67 wissenschaftliche Begleitung und
68 einhergehende Einschätzung
69 der Effizienz von Maßnahmen
70 muss auch für die Erarbeitung
71 des gesamten Klimaplanes gelten.
72 Diesen Einschätzungen seitens
73 der Wissenschaft steht hierbei
74 eine besondere Gewichtung zu.
75 Der Klimaplan inklusive Klima-
76 strategie und Maßnahmenpaket,
77 das Monitoring sowie die Ein-
78 schätzungen der Effizienz durch
79 Wissenschaftler*innen müs-
80 sen unkompliziert, öffentlich
81 einsehbar sein.

82 **Schnelle Wiederaufforstung**
83 **und Bepflanzung/Begrünung**
84 **von (öffentlichen) Flächen und**
85 **Gebäuden**

86 Wir begrüßen die Pläne, die
87 von der Landesregierung im
88 Koalitionsvertrag zum Thema
89 Wald niedergeschrieben wurden,
90 jedoch bleiben sie bisher sehr va-
91 ge. Wir fordern daher, dass auch
92 das Wiederaufforstungspro-
93 gramm so schnell wie möglich,
94 mindestens in der ersten Hälfte
95 der Legislaturperiode, auf den
96 Weg gebracht wird und als Teil

97 der Klimastrategie zur Reduktion
98 der Nettoemission von CO₂
99 in Brandenburg gesehen wird.
100 Der Wald, der bisher aus vielen
101 brandanfälligen Monokulturen
102 besteht, soll möglichst schnell
103 in einen gesunden Mischwald
104 umgewandelt werden, der aus
105 möglichst robusten Arten be-
106 steht, die außerdem möglichst
107 viel CO₂ binden können sollen.
108 Zusätzlich zur im Koalitionsver-
109 trag vorgesehenen Aufforstung
110 fordern wir weitere Maßnahmen
111 zur Bewaldung und Begrünung
112 öffentlicher Flächen, um mög-
113 lichst viele klimaschädliche Gase
114 aus der Luft binden zu können.
115 Bei öffentlichen Gebäuden soll
116 geprüft werden, ob die Dächer
117 und/oder die Fassaden begrünt
118 werden können. Auch auf öf-
119 fentlichen Plätzen und Parks
120 sollen, wo möglich, zusätzliche
121 Bäume und Sträucher gepflanzt
122 werden. Dies dient nicht nur
123 dem Klimaschutz und der Luft-
124 reinhaltung, sondern auch dem
125 Lärmschutz und macht viele öf-
126 fentliche Plätze einladender und
127 schöner. Hinsichtlich privater
128 Bauten soll es nicht nur Anreize
129 geben, klimafreundliche Rohstof-
130 fe einzusetzen, wie es schon im

131 Koalitionsvertrag angedeutet ist,
132 sondern darüber hinaus auch
133 Anreize geben, Fassaden und
134 Dächer zu bepflanzen.

135 **Einrichtung eines Landeskli-**
136 **mafonds für Kommunen und**
137 **Landkreise**

138 Wir fordern die Neuauflage bzw.
139 Weiterführung des Kommunalen
140 Investitionsprogramms (KIP). In
141 der bisherigen Fassung sah dies
142 Investitionen in Bildung (80 Mio.),
143 Verkehrsinfrastruktur (20 Mio.),
144 Feuerwehrinfrastruktur (35 Mio.)
145 und Freizeit/Sportinfrastruktur
146 (23 Mio.) vor. Die finanziellen
147 Mittel, welche aus Bundesmitteln
148 für den Kohleausstieg und den
149 Klimaschutz fließen, sollen daher
150 unter anderem das Kommuna-
151 le Investitionsprogramm (KIP)
152 um einen Fonds zur Förderung
153 kommunaler Klima- und Nach-
154 haltigkeitsinitiativen erweitern.
155 Den Gemeinden und Landkrei-
156 sen sollen so Möglichkeiten
157 eröffnet werden, selbst klima-
158 freundliche Akzente setzen zu
159 können. Ziel dieses Fonds soll es
160 sein, dass Kommunen die finanzia-
161 ellen Möglichkeiten bekommen,
162 Projekte, die der Nachhaltigkeit,
163 Klimaneutralität oder einer grü-
164 nen Energieerzeugung dienen,

165 umzusetzen. Die Kommunen
166 und Landkreise sollen dabei vor
167 allem Ideen und eine positive
168 Bürgerbeteiligung besteuern,
169 die Finanzierung soll mit der
170 erfolgreichen Beantragung der
171 notwendigen Mittel gedeckt
172 sein. Hierzu ist der wieder ein-
173 gesetzte Nachhaltigkeitsrat in
174 der Mittelvergabe einzubinden.
175 Anzustreben ist eine Vollfinan-
176 zierung der Projekte, sodass
177 die Gemeinden und Landkreise
178 sich um eine weitere Finanzie-
179 rung keine Gedanken machen
180 müssen. Zur Verwaltung der
181 Anlagen und Einnahmen muss
182 auch den Projektträger*innen
183 die Möglichkeit gegeben wer-
184 den, die daraus resultierenden
185 Verwaltungsaufgaben auslagern
186 zu können. Die Förderungen
187 sollen beispielsweise folgende
188 Projekte umfassen können: Bau
189 kommunaler Windkraftanlagen
190 (mit Grundstückserwerb auf
191 dem Gemeindegebiet), Biomass-
192 sekraftwerken und anderen
193 klimaneutralen Energieträgern;
194 der Bau von klimaneutralen Kin-
195 dergärten, Schulen, Jugendtreffs,
196 Sporthallen und Gemeindehäu-
197 sern; oder zukunftsweisende
198 klimaschonende Bauprojekte,

199 die vermehrt recycelte Baumate-
200 rialien verwenden.

201 Besonders finanzschwachen
202 Kommunen sollen außerdem
203 über eine Stelle im Umwelt-
204 ministerium bereits bei der
205 Beantragung Unterstützung
206 erfahren, z.B. durch gezielte
207 Ansprache geeigneter Kommu-
208 nen und teilweise Übernahme
209 der Verwaltungsaufgaben in der
210 Beantragung.

211

212 **Begründung**

213 Aus Sicht der Wissenschaft ist
214 die große Dringlichkeit einer
215 effizienten Reaktion auf den Kli-
216 mawandel unbestritten, sowohl
217 aus ökologischer wie auch öko-
218 nomischer und gesellschaftlicher
219 Perspektive. Das Landesamt
220 für Umwelt nennt die Region
221 Berlin-Brandenburg „eine[s] der
222 am stärksten verwundbaren
223 Gebiete Deutschlands“. Hieraus
224 ergibt sich für Brandenburg die
225 Notwendigkeit, nachhaltiges
226 Leben und Wirtschaften durch
227 eine ambitionierte Antwort auf
228 den Klimawandel abzusichern
229 – und gleichzeitig die Möglich-
230 keit, sich als zukunftsweisendes
231 ostdeutsches Bundesland zu po-
232 sitionieren. Neben Energie und

233 Verkehr zählt die Landwirtschaft
234 bzw. Lebensmittelproduktion
235 zu den größten Anteilen an
236 Treibhausgasemissionen, wes-
237 halb auch dieser Sektor in die
238 Evaluationen zum Klimaschutz
239 eingeschlossen werden muss.
240 Um eine Umsetzung eines Klima-
241 plans während der bestehenden
242 Legislaturperiode zu gewährleis-
243 ten, muss dieser zügig und unter
244 aktiver Heranziehung der Wis-
245 senschaft erarbeitet werden. Die
246 Waldbrandgefahr in Branden-
247 burg wird im Zuge der globalen
248 Erwärmung steigen. Daher ist
249 es unabdingbar, unsere Wälder
250 so gut wie möglich auf weitere
251 Veränderungen vorzubereiten
252 und durch ein effizientes und
253 zügiges Aufforstungsprogramm
254 nicht nur mehr CO₂ aus der
255 Atmosphäre zu binden, sondern
256 auch für hohe Diversität und
257 Robustheit der Baumbestände
258 zu sorgen. Die Erstellung eines
259 Landesklimaplan ist ein großer
260 Schritt für Brandenburg, nicht
261 nur um den klimapolitischen
262 und gesellschaftspolitischen
263 Notwendigkeiten Rechnung zu
264 tragen, sondern auch um das
265 Land in eine nachhaltige Zukunft
266 zu führen. Jedoch muss es auch

267 abseits der Landesebene An-
268 reize und Perspektiven geben,
269 sodass auch in den Kommu-
270 nen und Landkreisen größere
271 Handlungsspielräume für eigene
272 nachhaltige und klimaneutrale
273 Zukunft entstehen, die in lokaler
274 Eigenverantwortung stehen. Ein
275 Landesklimafonds greift genau
276 hier effektiv Kommunen und
277 Landkreisen unter die Arme.
278 Unter anderem mithilfe dieser
279 Forderungen soll gewährleistet
280 werden, dass Brandenburg einen
281 ambitionierten
282 Beitrag zur deutschen Klima-
283 bilanz liefert, damit das 1,5
284 Grad-Ziel des Pariser Klimaab-
285 kommens sowie die geplante
286 Klimaneutralität der EU erreicht
287 werden. Das Abschneiden in
288 Sachen Klimabilanz von Ländern
289 wie Deutschland wird maßgeb-
290 lich auch Auswirkungen auf die
291 Anstrengungen anderer Län-
292 der haben – für Brandenburg
293 ergeben sich durch diese Her-
294 ausforderungen jedoch auch
295 Chancen, die ergriffen werden
296 sollten!

¹https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w7/drs/ab_1400/1420.pdf

²<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/bschlpr/anlagen/1420-B.pdf>